NÜRBURGRING

Undurchsichtige Geschäfte

Bei der Finanzierung des umstrittenen Millionenprojekts „Erlebniswelt Nürburgring“ verwickelt sich der rheinland-pfälzische Finanzminister Ingolf Deubel (SPD) immer wieder in dubiose Transaktionen. Als Aufsichtsratschef der überwiegend landeseigenen Nürburgring GmbH billigte Deubel im Oktober vergangenen Jahres einen Kredit über drei Millionen Euro an einen Düsseldorfer Investor, der an der Rennstrecke Hotels, Gaststätten und ein Feriendorf bauen will. Allerdings wurde der Kredit nicht direkt an den Investor vergeben, sondern über den Finanzdienstleister Pinebeck im hessischen Usingen. Pinebeck reichte das Darlehen lediglich weiter und kassierte dafür eine Provision von 50 000 Euro, obwohl die Firma bei dem Deal von jedem Risiko freigestellt wurde, wie ein Anwalt der Nürburgring GmbH in einem internen Schreiben kritisch anmerkte. Auch angebliche „steuerliche Gründe“ für die Umwegfinanzierung nannte er „nicht nachvollziehbar“. Pinebeck-Geschäftsführer Michael Merten, der Provisionen „grundsätzlich“ nicht kommentieren mag, erhielt zudem bis Ende 2008 insgesamt rund 700 000 Euro Beraterhonorar von der Nürburgring GmbH. Für das Geld sollte er eine neue Finanzierung für das Projekt der rheinland-pfälzischen Landesregierung auf die Beine stellen. Obwohl diese Finanzierung nie zustande kam, konnte Merten das Honorar behalten. Minister Deubel räumt ein, dies erscheine „etwas undurchsichtig“, sei aber zum Vorteil des Landes: „Die Sache ist blitzsauber.“

Autorennstrecke Nürburgring

BERTRAND GUAY / AFP

TERRORISMUS

Gnade für Klein

AP

Klein 1975

Ex-Terrorist Hans-Joachim Klein, 61, 2001 wegen Mordes verurteilt, kann sich endgültig als freier Mann fühlen. Das hessische Justizministerium hat jetzt einen „Straferlass im Gnadenwege“ verfügt, wonach Klein der auf Bewährung ausgesetzte Rest seiner ursprünglich neunjährigen Freiheitsstrafe erlassen wird. Wie jeder Mensch, der eine Straftat begangen und dafür gebüßt habe, müsse auch Klein „die Chance erhalten, wieder in die Gesellschaft zurückkehren zu können“, begründet Hessens Justizminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) den Gnadenakt. Klein war als Mitglied der „Revolutionären Zellen“ 1975 an einem von dem Top-Terroristen Carlos angeführten Überfall auf die Opec-Konferenz in Wien beteiligt, bei dem drei Menschen getötet wurden. Später distanzierte er sich öffentlich vom Terrorismus und sagte nach seiner Festnahme 1998 als Kronzeuge vor Gericht aus. Seine Strafe wurde nach fünf Jahren Haft Ende 2003 zunächst zur Bewährung ausgesetzt. Seitdem lebt Klein wieder in der Normandie, wo er sich rund 20 Jahre lang versteckt hatte. „Es war doch klar“, kommentierte er seine Begnadigung, „dass ich nicht gleich wieder ein paar Ölminister entführe.“ Für die schriftliche Bestätigung seines Straferlasses hat Klein schon einen Platz reserviert: „Ich hänge das Papierchen in der Toilette auf.“

AUSSENPOLITIK

Regierung vertagt Iran-Sanktionen

Die Bundesregierung kann sich nicht auf schärfere Wirtschaftssanktionen gegen Iran verständigen. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sowie die Minister Frank-Walter Steinmeier (SPD), Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), Peer Steinbrück (SPD) und Thomas de Maizière (CDU) berieten vergangenen Mittwoch darüber, ob die Bundesregierung die Wirtschaftsbeziehungen mit Teheran weiter einschränken soll. Außenminister Steinmeier hatte ein Maßnahmenpaket vorgeschlagen, um die USA bei ihrem Versuch direkter Gespräche mit Teheran über das umstrittene iranische Atomprogramm zu unterstützen. Guttenberg verhielt sich abwartend; sein Wirtschaftsministerium kritisiert, weitere Sanktionen würden der deutschen Wirtschaft unverhältnismäßig hohe Kosten und Risiken aufbürden – bei ungewissem Nutzen. Merkel bestärkte Steinmeier darin, die Sanktionspläne international weiter voranzutreiben. Eine formale Unterstützung der gesamten Regierung fehlt dem Außenminister aber weiterhin. Deutschland steht international unter Druck, seinen Iran-Handel einzudämmen, weil die Exporte in den Golf-Staat im vorigen Jahr trotz Uno-Sanktionen um fast zehn Prozent zugenommen hatten. Für Guttenberg bedeutet die Iran-Frage einen ersten Test seiner politischen Glaubwürdigkeit – als Außenpolitiker im Bundestag hatte der CSU-Mann einen härteren Iran-Kurs gefordert. Jetzt leitet er ein Ministerium, das Sanktionen eher ablehnt.

HASAN SARBAKHSHIAN / AP

Iranische Atomanlage in Buschehr